

Vortrag „Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Buchpräsentation. Ich freue mich sehr, dass Sie Alle gekommen sind, um gemeinsam mit uns an eines der dunkelsten Kapitel der Hochschulgeschichte zu erinnern, das lange Zeit kaum Beachtung fand.

Universitäten oder Hochschulen besinnen sich meist dann ihrer Geschichte, wenn ihnen ein Jubiläum ins Haus steht. So war es auch im Falle der TU Berlin. 1949, drei Jahre nach der Neugründung als Technische Universität, erschien eine Festschrift, deren Inhalt bereits die Schwierigkeiten des Umganges mit der eigenen Geschichte deutlich machte: Im Zentrum standen die wissenschaftlichen Leistungen und Verdienste der vergangenen 150 Jahre, die Zeit des Nationalsozialismus blieb vollkommen ausgespart. 1979, zum hundertjährigen Gründungsjubiläum der Technischen Hochschule, näherte man sich dann erstmals auch diesem Bereich der Geschichte. Die Ergebnisse fanden Eingang in die von Reinhard Rürup herausgegebene Festschrift „Wissenschaft und Gesellschaft“. Zwanzig Jahre später erarbeiteten Angehörige der TU eine Ausstellung, in der unter anderem nun auch die Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler nach 1933 eine Rolle spielte.¹ Dabei entstand der Wunsch nach einer dauerhaften Erinnerung an die von dieser Unrechtsmaßnahme betroffenen Personen.

¹ 200. Gründungstag der Bauakademie und 100 Jahre Promotionsrecht an Technischen Hochschulen.

So wurde im Juni 2001 neben dem Amtszimmer des Präsidenten eine Gedenktafel enthüllt, gewidmet den Mitgliedern der Technischen Hochschule Berlin, die zwischen 1933 und 1945 von ihrer Wirkungsstätte vertrieben wurden; ihre Namen und Schicksale blieben jedoch hinter der allgemeinen Formulierung im Verborgenen.

Dass diese nun stärker ins Zentrum des Interesses rückten, ist Dimitri Stein zu verdanken, der im November 2008 an die TU Berlin zurückkehrte, um zu beenden, was ihm 1943 an der Vorgängerinstitution als sogenanntem Mischling verwehrt wurde: der Abschluss seines Promotionsverfahrens. Dies nahm der ehemalige Präsident der TU Berlin, Prof. Kurt Kutzler zum Anlass, am Zentrum für Antisemitismusforschung ein Projekt ins Leben zu rufen, das die Ausgrenzung und Vertreibung von jüdischen und politisch unliebsamen Wissenschaftlern und Studierenden an der Technischen Hochschule während des Nationalsozialismus zum Thema hat.

Das Projekt war anfangs auf ein Jahr angelegt, doch schnell wurde deutlich, dass dies keinesfalls ausreichen würde. Wollte man eine annähernd vollständige Monographie vorlegen, dürften auch die Entziehungen akademischer Grade und Ehrenwürden nicht fehlen. Auch die Frage nach den „stillen Helden“, die gefährdeten Kollegen oder Kommilitonen halfen, musste gestellt werden. Ein im Universitätsarchiv zufällig entdecktes Schreiben vom September 1944 sollte das Forschungsprojekt zudem um einen wesentlichen Schwerpunkt erweitern. In diesem Schreiben beschwerte sich ein Professor beim Rektor darüber, dass die Kanalisation in der Franklinstraße 29 immer wieder verstopft sei, weil diese den „gestiegenen Anforderungen“ durch die hohe Zahl der „Ostarbeiter“ nicht gewachsen sei.

Das Forscherherz schlug höher, denn dem Themenkomplex Zwangsarbeit an der TH Berlin wurde in der Forschung bisher keine Beachtung geschenkt.

Ein Grund dafür liegt sicherlich in der Quellensituation, die als äußerst dürftig bezeichnet werden kann. Das Hauptgebäude der Hochschule wurde während eines Bombenangriffs in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1943 fast komplett zerstört, mit ihm auch ein großer Teil des Archivs und die meisten Unterlagen des laufenden Hochschulbetriebes, die für das Forschungsprojekt besonders wichtig gewesen wären. Doch eine Mangelsituation kann für den Historiker nicht nur Hindernis, sondern auch Ansporn sein. So mussten Parallel- oder Ersatzüberlieferungen sowie andere aussagekräftige Quellen gefunden werden. Dies ist gelungen, und ich freue mich sehr, Ihnen heute die Ergebnisse frisch gedruckt zwischen zwei Buchdeckeln präsentieren zu können.

Zu den angenehmen Aufgaben einer Autorin gehört die Danksagung nach Fertigstellung einer Publikation. Vielen ist zu danken, allen voran Professor Kurt Kutzler, der mir die Möglichkeit zur Forschung gab, und seinem Nachfolger Prof. Jörg Steinbach, der 2010 mit dem Amt des Präsidenten auch die Verantwortung für das Vorhaben übernahm. Ich danke Prof. Wolfgang Benz, bis 2011 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, der dieses Projekt gemeinsam mit Prof. Kutzler auf den Weg brachte, und der jetzigen Leiterin des Zentrums, Prof. Stefanie Schüler-Springorum, die dieses Unterfangen mit Interesse begleitete.

Den Mitarbeiterinnen des Universitätsarchivs, vor allem Dr. Irina Schwab und Claudia Schülzky, danke ich für ihr großes Engagement und die Hilfsbereitschaft, Dr. Angelika Königseder für das Lektorat des Manuskriptes und Jonas Herms für zwei Monate ehrenamtliche Arbeit als Praktikant. Ich danke den Personen, einige von ihnen sind heute auch hier, die mir Einblick in die Schicksale ihrer Familienangehörigen an der Hochschule gewährt haben. Abschließend sei dem Metropol Verlag gedankt sowie der Gesellschaft von Freunden der TU Berlin, die den Druck finanziert hat. Die Anderen, denen ich darüber hinaus noch danken müsste, wissen, dass ich das tun würde, wenn denn ausreichend Zeit vorhanden wäre. Doch eine Buchvorstellung sollte nicht nur aus Lobhudeleien und Danksagungen bestehen, sondern auch inhaltliches bieten. Deshalb möchte ich Ihnen nun einen Einblick in die Publikation geben.

An der TH Berlin hatte die nationalsozialistische Ideologie bereits lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten Einzug gehalten. Bereits bei den Studentenschaftswahlen 1928 entfielen 328 Stimmen auf die erstmals kandidierenden Vertreter des NSDStB, im Wintersemester 1930/31 waren es bereits 1735 von 2807 abgegebenen Stimmen.

Doch nicht nur Studierende, sondern auch Angehörige des Lehrpersonals zeigten früh Sympathie für die Ideen der Nationalsozialisten, und so ging die politische „Gleichschaltung“ nach der Machtübernahme dann auch ohne Widerstand des Hochschulpersonals vonstatten. Lediglich ein Fall von öffentlicher Gegenwehr ist überliefert.

Prorektor Daniel Krencker setzte sich noch im März 1933 gegen das Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Hochschulgebäude zur Wehr. Das Hissen der Fahne konnte er für den Moment zwar verhindern, den Einzug der nationalsozialistischen Ideologie an der Hochschule jedoch längst nicht mehr.

Bald darauf begann das öffentliche Agieren gegen unerwünschte Hochschullehrer. In Vorbereitung des sogenannten Judenboykotts vom 1. April 1933, von dem auch Universitäten und Hochschulen nicht verschont bleiben sollten, bildete sich auch an der TH ein nationalsozialistisches Aktionskomitee zur Durchführung der Boykottmaßnahmen. Unter dem Vorsitz von Willi Willing, seit 1928 Mitglied der NSDAP und zu diesem Zeitpunkt noch Hilfsassistent, forderte das Komitee nun die sogenannten Nichtarier unter den Lehrenden auf, sich „in Rücksicht auf die derzeitige Volksstimmung“ beurlauben zu lassen und die Hochschule nicht mehr zu betreten. Manche kamen dem nach, um Schlimmeres zu verhindern.

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurde dann die rechtliche Grundlage für die nationalsozialistische Personalpolitik geschaffen. Es richtete sich sowohl gegen Juden als auch gegen politische Gegner. Ausgenommen waren zunächst diejenigen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg in eine Beamtenstellung übernommen worden waren oder unter die sogenannte Frontkämpferklausel fielen.

Bereits zum Mai 1933 wurden an der Hochschule 32 Dozenten beurlaubt, was erhebliche Lücken im Hochschulbetrieb hinterließ.

Einige wenige Studierende setzten sich deshalb für den Verbleib ihrer Lehrer an der Hochschule ein, so beispielsweise im Falle von Franz Eisner, Privatdozent für Hydromechanik. Die Petition von 15 Studierenden war jedoch nicht erfolgreich, und Eisner nahm sich am 16. Juni 1933 im Alter von nur 37 Jahren aus Verzweiflung das Leben. Den Beurlaubungen folgten bald die Entlassungen. Einige kamen dem zuvor und kündigten ihr Dienstverhältnis, andere intervenierten, manchmal sogar mit Erfolg, wie das Beispiel Arthur Korn zeigt. Korn, seit dem Sommersemester 1914 Honorarprofessor mit einem Lehrauftrag für Bildtelegraphie, schrieb am 7. Mai 1933 an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Korn hatte 1918 telegraphisch Bilder ins Große Hauptquartier übermittelt, was damals große Begeisterung bei Hindenburg ausgelöst hatte. Und tatsächlich, auf Veranlassung von Hindenburgs hob der Minister die Beurlaubung wieder auf. Korn hatte zwar für den Moment gewonnen, doch brachte seine Intervention keinen langfristigen Erfolg. Denn im Herbst 1935 wurden mit dem Reichsbürgergesetz die bisher geltenden Ausnahmen aufgehoben und verfügt, dass nun sämtliche als jüdisch bezeichnete Beamte in den Ruhestand zu versetzen seien; ab 1937 standen dann die „Mischlinge ersten Grades“ und die sogenannten jüdisch Versippten im Visier.

In den Jahren 1933 bis 1938 entließ die Technische Hochschule Berlin mindestens 107 Angehörige ihres wissenschaftlichen Personals aus „rassischen“ oder politischen Gründen. Mindestens 69 der 107 Unerwünschten emigrierten ins Ausland. Konnten sie dort Fuß fassen, sind die Stationen ihres weiteren Lebens bekannt, doch vor

allem bei denjenigen, die in Deutschland geblieben waren, endet das Wissen um die Person oftmals mit der Entlassung aus dem Hochschuldienst, es sei denn, ihre Namen finden sich in Gedenk- oder Totenbüchern wieder.

Mindestens drei der 107 kamen in Konzentrations- bzw. Vernichtungslagern ums Leben: Heinz Briske, Assistent am Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie; Alfred Byk, Professor für Physikalische Chemie, und Siegfried Ledermann, Oberingenieur am Laboratorium für Werkzeugmaschinen.

Doch auch die Wissenschaftler, die aus Verzweiflung den Freitod wählten, müssen zu den Opfern gezählt werden: Neben dem bereits genannten Franz Eisner beispielsweise Hans Liebermann, Neffe des Malers Max Liebermann und bis 1934 Professor für Organische Chemie, der sich im September 1938 das Leben nahm.

Mit der Vertreibung von der Hochschule endeten die Diskriminierungen für die Wissenschaftler jedoch nicht; mindestens 17 von ihnen erkannte die Hochschule den Dokortitel ab. In den meisten Fällen wurde dieser nach der Emigration des Wissenschaftlers und der damit oftmals einhergehenden Ausbürgerung entzogen und im „Deutschen Reichsanzeiger“ vermeldet. Doch auch andere Gründe, beispielsweise ein Gerichtsverfahren wegen Homosexualität, führten zum Titelverlust.

Auch vor der Entziehung akademischer Ehrenwürden machten die neuen Machthaber nicht halt. So beantragte Willi Willing, mittlerweile Führer der Dozentenschaft, bereits Anfang 1934 die Aberkennung der Ehrensatorenwürde unter anderem von Heinrich Giesecke und Kurt Magnus, beides Direktoren der Reichsfunkgesellschaft mit der Begründung:

„Beide Herren sitzen seit längerer Zeit im KZ in Oranienburg und ich glaube, dass es mit der Würde einer Technischen Hochschule Berlin nicht vereinbar ist, dass ihre Ehrensensoren im Konzentrationslager sitzen.“

Giesecke und Magnus waren am 8. August 1933 neben vier weiteren prominenten Häftlingen, unter ihnen Friedrich Ebert junior, der Sohn des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, in das KZ Oranienburg eingeliefert worden.

Die Aberkennung von akademischen Titeln war jedoch nur die Spitze des Eisberges, häufig kam es erst gar nicht zur Verleihung eines Dokortitels. Promotionen wurden behindert oder gänzlich verhindert, wenn es sich um jüdische Doktoranden oder um „Mischlinge“ handelte, wie im Falle des eingangs erwähnten Dimitri Stein.

Auch die Studierenden waren von Verfolgung und Ausgrenzung betroffen. Diese Entwicklung begann am 25. April 1933 mit dem „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ und endete für die so genannten Volljuden mit deutscher Staatsangehörigkeit am 11. November 1938. An diesem Tag verbot auch der Rektor der TH Berlin, Ernst Storm, den zu diesem Zeitpunkt noch immatrikulierten 20 sogenannten Volljuden per Einschreiben das Betreten der Hochschule.

Den nun noch verbleibenden sogenannten „Mischlingen“ erging es bald ähnlich: Die Aufnahme eines Studiums wurde durch Erlasse und Verordnungen immer schwieriger und bald nur noch mit Genehmigung des Reichserziehungsministers möglich. Als Entscheidungsgrundlage dienten die politische Beurteilung der zuständigen Gauleitung und die Stellungnahme des Rektors über die Persönlichkeit und das

Aussehen des Antragstellers unter „rassischen“ Gesichtspunkten.

Von „Merkmale der jüdischen Rasse sind am Antragsteller nicht erkennbar“, über „wenn auch nicht in seinem Äußeren, so doch in seinem Auftreten zu erkennen“ bis hin zu „sind deutlich erkennbar“ reichte die Palette der Beurteilungen des Rektors Storm.

Noch vor der Bekanntgabe offizieller Anweisungen hatte die TH Berlin auch den Ausschluss politischer Gegner unter den Studierenden vorangetrieben. Bereits im Mai 1933 wurden 37 relegiert, weitere sollten folgen.

Die Studierenden haben nach ihrer Verdrängung aus dem Hochschulleben verschiedene Wege eingeschlagen und Schicksale erlitten: angefangen von der Emigration, über den aktiven Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland, bis hin zur Deportation und Inhaftierung in Konzentrations- und Vernichtungslagern, wie im Falle von Peter Suessmann.

Der 1917 geborene Suessmann hatte an der TH Berlin Chemie studiert und gehörte zu den letzten sogenannten Volljuden, die im November 1938 die Hochschule verlassen mussten.

Am 19. Oktober 1942 wurde er gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder und den Eltern nach Riga deportiert. Nach der Ankunft des Transportes in Riga wurde Suessmann mit weiteren 80 Männern als arbeitsfähig selektiert, die restlichen 878 erschoss die SS sofort unweit des Bahnhofs, auch den Bruder und die Eltern. Suessmann musste monatelang in verschiedenen Arbeitskommandos Zwangsarbeit leisten. Am 6. November 1943 lieferte die Sicherheitspolizei Riga Suessmann in das KZ Riga-Kaiserwald ein.

Im August 1944 wurde er in das KZ Stutthof bei Danzig überstellt, wenige Tage später weiter nach Buchenwald deportiert. Am 7. Februar 1945 kam Suessmann nach Tröglitz/Rehmsdorf, einem Außenlager von Buchenwald. Die schwere Arbeit, die ungenügende Versorgung sowie die Misshandlungen der SS-Aufseher führten dazu, dass Peter Suessmann, wie so viele andere, nach kurzer Zeit nicht mehr in der Lage war, die geforderten Arbeiten zu leisten. Er wurde in den Häftlingskrankenbau nach Buchenwald überstellt, wo er nur wenige Tage später, am 1. März 1945, an den Folgen der KZ-Haft starb.

Bei der Verdrängung und Entlassung der jüdischen und politisch missliebigen Wissenschaftler und Studierenden handelte es sich vor allem um staatliche Maßnahmen auf der Grundlage neu geschaffener Gesetze und Verordnungen. Diese setzte die Hochschule um und wurde dabei von einem großen Teil der Hochschulmitglieder unterstützt. Es gab jedoch auch einige wenige Bemühungen, einzelne Wissenschaftler zu schützen.

Ein Beispiel ist Max Volmer, Professor am Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie. Noch Ende der 1930er Jahre beauftragte er seinen ehemaligen Assistenten Heinz Briske, der 1933 als Jude aus den Diensten der Hochschule entlassen worden war, mit kleineren Arbeiten. Briske wusste um die Hilfsbereitschaft von Volmer und wandte sich deshalb 1942 mit der Bitte an ihn, nun auch die Flucht der Familie Briske ins Ausland zu unterstützen. Volmer vermittelte Kontakte und versorgte die Familie mit Lebensmitteln. Zur Umsetzung eventueller Pläne kam es jedoch nicht mehr: Briskes Ehefrau und die drei Kinder im Alter von ein bis vier Jahren wurden im Januar 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Heinz Briske kam drei Monate später ebenfalls nach Auschwitz; er überstand die Selektion und wurde zur Arbeit eingesetzt. Im Zuge der Evakuierung von Auschwitz im Januar 1945 wurde er über das KZ Groß Rosen nach Buchenwald überstellt, wo er am 22. Februar 1945 starb. Gegen Volmer wurde wegen der Hilfeleistungen für Briske ein Dienststrafverfahren eingeleitet, das für ihn jedoch glimpflich verlief: Im Juli 1944 verurteilte ihn die Dienststrafkammer zu einer Gehaltskürzung von einem Fünftel auf die Dauer von zwei Jahren.

Anfang der 1940er Jahre gehörten von den ca. 370 Mitgliedern des Lehrkörpers mindestens 211 der NSDAP an. Trotzdem war zu diesem Zeitpunkt noch mindestens ein nach NS-Definition jüdischer Angestellter an der Hochschule beschäftigt: Victor Fischer. Der promovierte Physiker war in der zur Hochschulbibliothek gehörenden „Informationsstelle für technisches Schrifttum“ mit der Übersetzung ausländischer Fachzeitschriften beschäftigt. Er lebte in einer sogenannten „privilegierten Mischehe“, seine Ehefrau war nach NS-Definition „arisch“, die Kinder waren christlich erzogen, doch liegt die Vermutung nahe, dass nicht dies der Grund für seine unbehelligte Weiterbeschäftigung an der Hochschule war. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Fischer seine jüdische Herkunft verbergen konnte; in keinem seiner Papiere ist ein Hinweis auf die Zugehörigkeit zum Judentum zu finden. Auch nicht auf seinem Dienstausweis, unterschrieben vom Rektor der Hochschule Oskar Niemczyk im Jahre 1942 und gültig bis 1945.

Fischers Tätigkeit endete dann allerdings abrupt und tragisch: Am 21. September 1943 kam er hier in diesem Gebäude ums Leben. Er stürzte in einen Aufzugsschacht. Ob es sich dabei nur um einen Unfall handelte, muss offen bleiben. Ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Berlin wurde 1944 eingestellt.

Mit der Dauer des Krieges verschlechterte sich die Personalsituation an der Hochschule, denn immer mehr Hochschulangehörige wurden zur Wehrmacht einberufen. Seit 1941 beschäftigte die Hochschule deshalb Zwangsarbeiter, anfangs nur vereinzelt, später in immer größerem Ausmaß. So existierte ab August 1944 auf dem Hochschulgelände im Dachgeschoss des Gebäudes 6 in der Franklinstraße 29 ein „Ostarbeiterlager“ mit insgesamt mindestens 140 Männer, Frauen und Kindern. Willi Möwitz, seit 1929 Pförtner der TH Berlin, wurde kurzerhand zum Lagerführer ernannt. Die Unterkunft war nur primitiv eingerichtet und für einen längeren Aufenthalt nicht geeignet. Die Hauptaufgabe der „Ostarbeiter“ bestand vor allem darin, die Schäden zu beheben, die die Hochschule durch Luftangriffe erlitt. Mindestens eine „Ostarbeiterin“ kam ums Leben. Bisher sind 14 der ehemaligen „Ostarbeiter“ namentlich bekannt. Besonders auffällig ist, dass es sich dabei um Familien handelte: Der jüngste Lagerinsasse war zehn Jahre, die ältesten, es handelte sich um eine Ehepaar, waren 74 und 72 Jahre alt. Die meisten stammten aus dem ukrainischen Ort Skobelka, mindestens eine ehemalige „Ostarbeiterin“ der Hochschule lebt noch heute dort.

Verantwortlich für die nationalsozialistische Ausrichtung der Hochschule waren die in dieser Zeit amtierenden fünf Rektoren, vor allem die überzeugten Nationalsozialisten Achim von Arnim und sein Nachfolger Ernst Storm. Letzterer schrieb Hochschulgeschichte, allerdings anders, als er es sich wohl erhofft hatte.

1942 kam nämlich ans Licht, dass Storm jüdische Wurzeln hatte und er zudem von 1919 bis 1925 mit einer Jüdin verheiratet gewesen war. Dies brachte ihn zu Fall und die Hochschule ins Gespräch.

Besonderen Eifer legte jedoch Willi Willing an den Tag. Der Dozentenschaftsführer der Hochschule und Gaudozentenbundführer der NSDAP war seit 1937 auch Professor für Elektrizitätswirtschaft. Seit 1928 war er Mitglied der NSDAP, 1929 trat er in die SA ein, wechselte 1931 in die SS und stieg dort bis zum Sturmbannführer auf. 1943 folgte seine Versetzung nach Krakau zum Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement. Welchen Aufgaben er dort nachging, kann nicht zweifelsfrei geklärt werden. Sicher ist jedoch, dass 1943/44 auf dem Gelände des Konzentrationslagers Lublin-Majdanek eine Windkraftanlage gebaut werden und Willing die fachliche Leitung übernehmen sollte. 1944 war er zudem in ein Projekt involviert, das sich mit dem Einsatz von wissenschaftlich ausgebildeten Häftlingen für Forschungszwecke in Konzentrationslagern befasste. Aufgrund seiner starken Position innerhalb der Partei und in deren Organisationen hatte er großen politischen Einfluss in der Hochschule, manchmal sogar mehr als der jeweilige Rektor.

Ein Ziel der nun vorliegenden Publikation ist es, das Unrecht, das an der Hochschule während des Nationalsozialismus begangen wurde, sichtbar zu machen.

Die Publikation darf jedoch nicht als Abschluss, sondern vielmehr als eine Etappe auf dem Weg zur vollständigen Aufarbeitung der Geschichte dieser Institution verstanden werden, gibt es doch noch erheblichen Forschungsbedarf. Am dringendsten wäre es, die Spuren der Zwangsarbeiter weiter zu verfolgen, steht die Forschung hier doch ganz am Anfang. Die Kontakte zu den letzten noch lebenden ehemaligen „Ostarbeitern“ der Hochschule müssen jetzt aufgenommen und ausgebaut werden, denn lange werden uns diese Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch die Neueröffnung als TU Berlin ist keinesfalls ausreichend erforscht. Nach und nach wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder eingestellt und akademische Ehrenwürden an ehemalige Nationalsozialisten verliehen. So erhielt beispielsweise Friedrich Flick 1953 die Ehrensensatorwürde der TU Berlin, ein Mann, der seinen wirtschaftlichen Erfolg nicht zuletzt zigtausenden Zwangsarbeitern verdankte und der 1947 in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse als Kriegsverbrecher zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war.

Mit diesen Informationen im Hinterkopf möchte ich noch einmal auf meine eingangs erwähnte Äußerung zurückkommen: Universitäten oder Hochschulen besinnen sich meist dann ihrer Geschichte, wenn ihnen ein Jubiläum ins Haus steht. Im April 2016 feiert die TU Berlin ihr 70. Gründungsjubiläum. Vielleicht wäre das eine gute Gelegenheit, jetzt die Erforschung der Geschichte der TU Berlin und ihrer Vorgängerinstitution voranzutreiben, um 2016 mit neuen Ergebnissen aufwarten zu können. Mit der heute hier vorgestellten Publikation wäre das Fundament dafür gelegt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Carina Baganz

10. Juli 2013